



<http://m.morgenweb.de/mannheim/mannheim-stadt/ein-betrug-am-burger...>



RETTUNGSDIENST:

Bürgerinitiative prangert bei Fraktionen und Specht Berechnung der Hilfsfrist an

„Ein Betrug am Bürger“

Von unserem Redaktionsmitglied Peter W. Ragge

Die Vorkommnisse in der Rettungsleitstelle Ladenburg sind "ein unglaublicher Skandal". Das steht in offenen Briefen an alle Gemeinderatsfraktionen und an den Ersten Bürgermeister Christian Specht, welche die "Bürgerinitiative Rettungsdienst" abgeschickt hat. Sie wurde 1976 von Joachim Spohn in Leinfelden-Echterdingen gegründet, nachdem er erleben musste, wie einem Verletzten erst nach sehr langer Zeit geholfen wurde. Seitdem kämpft er für eine Verbesserung des Rettungsdienstes, wurde dafür schon ausgezeichnet - und nun nimmt er sich auch der Vorgänge in Mannheim an.

Die Ladenburger Leitstelle sei "zu einer Black Box verkommen, die zwar den Interessen der Kassen und des Monopolisten unter den Hilfsorganisationen dienen mag, aber dem berechtigten Sicherheitsinteresse der Bevölkerung in keiner Weise gerecht wird", schreibt Spohn an die Fraktionen und fordert sie auf, "umfassende Aufklärung" zu fordern.

Dabei macht er die Stadträte auf eine Besonderheit aufmerksam: Danach wird der Beginn der Hilfsfrist nicht, wie eigentlich im Rettungsdienstgesetz gefordert, ab der Annahme des Anrufs bei der Leitstelle berechnet. Vielmehr hätten Krankenkassen und Hilfsorganisationen gemeinsam im Landesausschuss für den Rettungsdienst bereits 2008 beschlossen, "diese rechtsverbindliche Definition zu missachten". Gerechnet werde erst ab dem Fahrbefehl für den Rettungswagen. Dazwischen vergingen laut einer Erhebung der Bundesanstalt für Straßenwesen durchschnittlich zwei Minuten. Spohn nennt das eine "grob fahrlässige Täuschung" und "de facto ein Betrug an den Bürgern".

"Verbands- und Vetternwirtschaft"

Noch deutlicher wird die Bürgerinitiative in ihrem Schreiben an Specht. Ihm zollt er "großen Respekt" für seinen Einsatz und appelliert an ihn, "eine kommunale Verantwortung und Aufsicht einzufordern, um dem zum Teil verantwortungslosen Treiben einiger Selbstverwaltungsakteure ein Ende zu machen". Die Politik müsse sich, so fordert Spohn, "bekennen": "Geht es ihr um den Erhalt von Macht und Einfluss der Kassen und Hilfsorganisationen, oder geht es ihr um eine gute und effektive notfallmedizinische Versorgung der Bevölkerung?", schreibt der Sprecher der Initiative,

der seit Jahren mit Veröffentlichungen wie "Die Rettungsmonokratie" die Dominanz des Roten Kreuzes in Rettungsleitstellen in Baden-Württemberg, "Verbands- und Vetternwirtschaft" anprangert.

Er fordert einen "Paradigmenwechsel" in ganz Baden-Württemberg - dem einzigen Bundesland, wo die Trägerschaft des Rettungsdienstes allein bei Krankenkassen und Hilfsorganisationen liegt, nicht bei Städten und Landkreisen. Mannheim müsse "zwingend und dringend" Sitz der neuen Feuerwehr- und Rettungsleitstelle werden, sonst - so die Initiative - werde dem Bevölkerungsschutz "schwerster Schaden" zugefügt.

© *Mannheimer Morgen, Dienstag, 21.10.2014*